

Tourismus-Orte fürchten massive Einbußen

Gastronomie und Kurbetriebe wünschen sich mehr Vorlaufzeit bei neuen Corona-Regelungen

Von Sibylle Neumeier

Lkr. Passau. Immer weniger Touristen kommen in die Region, immer weniger Gäste besuchen Thermen, Gaststätten und Kur- einrichtungen. „Selbst eine Ankündigung im Fernsehen bringt sofort Stornierungen“, bedauerte etwa Bad Füssings Bürgermeister Tobias Kurz kürzlich beim Treffen mit Landrat Raimund Kneidinger im Landratsamt.

Ganz, ganz schwach sei die Belegung der Betriebe in Bad Füssing über Weihnachten und Neujahr gewesen, die Gästezahl sehr „dürftig“, wie er es am Rande der Sitzung des Zweckverbands PassauCard formulierte. In den Thermen gilt derzeit 2Gplus, dazu eine maximale Belegung von 25 Prozent der sonst üblichen Besucherzahl.

„Kein wirtschaftlicher Betrieb möglich“

Dazu die Unsicherheit der Bevölkerung, die oft lieber gleich daheim bleibt statt sich mit Regelungen auseinander zu setzen. „So ist kein wirtschaftlicher Betrieb möglich“, betonte Kurz. „Wir fahren nur auf Sicht“, da könne keiner mehr kalkulieren, auch nicht die Betreiber von Hotels, Gaststätten und Kur-Betrieben. Man wüschte sich eine klare Linie, auch um längerfristig planen zu können.

Auch Bad Griesbachs 2. Bürgermeister Georg Greil berichtete, dass man im Kurort massiv unter den Einbrüchen leide. „Wir sparen an den eigenen Leuten, damit wir den Kurbetrieb aufrecht erhalten können.“ Positiv wertete er zwar, dass in Bayern weiter 2G statt 2Gplus in den Gaststätten gilt, denn die Gastronomie sei in seinen Augen kein Pandemietreiber. Dennoch habe man unter dem Rückgang an Gästen extrem zu leiden. Die Menschen seien verunsichert, kämen zum Teil ohne Tests in die Betriebe und Einrichtungen oder blieben ganz weg. „Alles sehr ungut“, so die Erfahrung nicht nur aus den Kurorten.



In den Thermen, wie der EuropaTherme in Bad Füssing, gilt aktuell 2Gplus bei einer maximalen Belegung von 25 Prozent der üblichen Besucherzahlen. So sei kein wirtschaftlicher Betrieb möglich, bedauern die Verantwortlichen der Kur- und Bäderbetriebe. – Foto: Kur- und Gästeservice Bad Füssing

Die zusätzlich erforderliche Testung zu 2G in den Thermen stelle eine „Extra-Hürde“ dar. „Keine zufriedenstellende Lösung“, war man sich im Gremium einig, man wolle diese Regelung kippen. Ein ganz einfaches Portal im Internet regte Thyraus Bürgermeister Alexander Sagberger an, um den Bürgern im Wirrwarr der geltenden Regelungen im Zusammenhang mit Corona stets aktuelle Informationen anbieten zu können und Betroffenen die zunehmend anstrengende Abwicklung zu erleichtern. „Was darf ich, was darf ich nicht“, solle das Portal tagesaktuell bieten.

Wie Landrat Raimund Kneidinger einwarf, spüre man die große Unsicherheit in der Bevölkerung, die zum Teil darin gipfle, dass die Menschen gar nicht mehr wegfahren oder eigentlich geöffnete Ein-

richtungen überhaupt nicht besuchen.

Zudem seien die teils sehr kurzfristigen Vorgaben, bedingt durch die sich ständig ändernden Corona-Regelungen, gerade in der Hotellerie schwierig umzusetzen. Man könne nicht von einem Tag auf den anderen reagieren. Bürgermeister Tobias Kurz: „Das funktioniert in der Praxis nicht. Große Häuser brauchen Zeit, bis sie wieder betriebsbereit sind.“ Einen Hotelbetrieb etwa könne man höchstens mit einer Woche Vorlaufzeit komplett hochfahren, fügte er am Mittwoch hinzu – nicht ahnend, dass Gesundheitsminister Klaus Holetschek am Donnerstag die Hotspot-Regelung für Bayern aufheben würde (siehe Bayern-Teil, S. 8).

Zusätzlich erschwerend aus seiner Sicht: „Das Gefährlichste ist,

dass die Leute meinen, es gilt sofort, sobald über neue Corona-Regeln gesprochen wird“, so seine Erfahrung aus den vergangenen Monaten. Und dann hagelt es Stornierungen und Absagen.

Bad Füssing muss eine Million Euro zurückzahlen

Bad Füssings Altbürgermeister Alois Brundobler befürchtete zudem, dass „wir bald keine Leute mehr in der Hotellerie und Gastronomie haben“, angesichts der ständigen Ungewissheit mit dem Auf und Ab der Inzidenzen und sich ändernden Regelungen. Diejenigen, die sich während der Pandemie in anderen Sparten Arbeit gesucht hätten, „die gehen nicht mehr zurück“, so seine Ein-

schätzung. Ein weiteres Problem aus seiner Sicht: der Mehrwertsteuersatz, der für Einrichtungen, die von Einheimischen und Kurgästen genutzt werden, verschieden gehandhabt wird. „Der ländliche Raum muss von Schlüsselzuweisungen profitieren“, so seine Forderung. Bei den derzeitigen Regelungen „werden wir hinten runterfallen. Das macht die Wirtschaftskraft kaputt“.

Rückwirkend bis 2018 bedeutet die Änderung bei der Mehrwertsteuer für den Kurort Bad Füssing, dass für drei Jahre rund eine Million Euro zurückzuzahlen sind. Bürgermeister Kurz: „Wir haben zwar 4,7 Millionen Euro an Hilfen bekommen, dafür sind wir auch dankbar.“ Dennoch würden die Rückforderungen eine weitere enorme Belastung für den Kurort darstellen.